

Blickpunkt Europa

Europapolitisches Magazin

Ausgabe 22 | Dezember 2016



Fraktion der Progressiven Allianz der
Sozialdemokraten
im Europäischen Parlament



EU-Türkei-Beziehungen

Liebe Leserin, lieber Leser,

zum Ende eines überaus ereignisreichen Jahres möchte ich noch einmal über aktuelle Themen berichten.

In dieser Ausgabe meines Infomagazins „Blickpunkt Europa“ nehme ich aus sozialdemokratischer Sicht Stellung zum Brexit-Votum und widme mich der Frage, welche Folgen dieses auf die weitere Entwicklung der Europäischen Union haben wird. Die Rolle der Europäischen Union beim Schutz der Rechtsstaatlichkeit – an aktuellen Beispielen von Ungarn und Polen – nehme ich ebenso in den Blick wie auch unsere Verantwortung als europäische Gemeinschaft beim Umgang mit dem derzeitigen türkischen Präsidenten und seiner Partei.

Wie immer berichte ich über Besuchergruppen in Straßburg und Brüssel sowie über einige Termine vor Ort, im Europäischen Parlament und darüber hinaus.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre!

Herzliche Grüße

Ihre Birgit Sippel

Das Brexit-Votum, der Abschluss des Pariser Klimaabkommens, die Wahl Trumps in den USA, die weiterhin schwierige Flüchtlings-situation, aber auch ein immer weiteres politisches Abdriften von Ländern innerhalb und außerhalb Europas – das politisch aufrüttelnde Jahr 2016 neigt sich langsam dem Ende zu. Und ein Großteil der politisch brisanten Themen wird uns auch im kommenden Jahr 2017 weiter beschäftigen.

Ein Beispiel sind die derzeitigen politischen Entwicklungen in der Türkei. Ein Land, das sich in den vergangenen Jahrzehnten zunächst immer weiter Europa angenähert hatte, driftet derzeit – unter der Führung von Präsident Recep Tayyip Erdoğan – immer weiter von unseren gemeinsamen europäischen Werten ab. Wir Sozialdemokraten haben uns stets für eine künftige Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union eingesetzt. Doch unter Erdoğan rückt dieses Ziel derzeit in immer weitere Ferne.

Als S&D-Fraktion haben wir uns daher in einer Entschließung des Europäischen Parlaments im November für ein temporäres Aussetzen der seit 2005 laufenden EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ausgesprochen. Ein Staat, in dem Menschenrechte offensichtlich nicht mehr zählen und Grundrechte wie die Meinungsfreiheit mit Füßen getreten werden, in dem Journalisten und Parlamentarier aus fadenscheinigen Gründen eingesperrt und Zivilisten eingeschüchtert werden, darf keinen Anspruch haben, in die Europäische Union und unsere gemeinsame Wertegemeinschaft aufgenommen zu werden. Aber: Wenn die Türkei wieder zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten zurückkehrt, werden wir wieder über eine mögliche EU-Mitgliedschaft nachdenken. Damit setzen wir ein klares Signal, ohne jedoch die Hoffnungen demokratischer Kräfte in der Türkei zu zerstören. Die Tür ist erst mal zu, aber nicht endgültig verriegelt.



Faire Regeln für alle schaffen



*Demo für die Rechte der Frauen in Warschau
(v. l. n. r.: Sylvia-Yvonne Kaufmann, Josef Weidenholzer, Maria Arena, Birgit Sippel)*

Die Rolle der EU beim Schutz von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

Für uns Sozialdemokraten ist völlig klar: Die Europäische Union ist mehr als nur ein Binnenmarkt. Sie ist auch eine Gemeinschaft von Demokratien, deren Werte und Grundrechte sich aus ihren jeweils nationalen Verfassungen ableiten lassen, in Deutschland dem Grundgesetz. Artikel 2 des EU-Vertrags benennt die Werte, auf die sich die Union gründet: Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte von Personen, die Minderheiten angehören. Aber was passiert, wenn ein Mitgliedstaat diese demokratischen Errungenschaften aufs Spiel setzt? Seit 2010 erleben wir, wie der ungarische Premierminister Victor Orbán die unabhängigen Institutionen seines Landes angreift. Zuletzt machte etwa die Einstellung der regierungskritischen Zeitung Népszabadságs Schlagzeilen. Auch in Polen ist mit der PiS eine demokratiefeindliche Partei an der Regierung, die erfolgreich das Verfassungsgericht amputiert hat, Stimmung gegen Geflüchtete und Europa schürt sowie die Rechte von Frauen massiv beschneidet.

Tatsächlich hat die EU-Kommission im Fall von Ungarn so genannte Vertragsverlet-

zungsverfahren initiiert, etwa hinsichtlich eines Gesetzes zur Zwangspensionierung von Richtern, das am Ende zurückgezogen wurde. Also ein Sieg für die Rechtsstaatlichkeit? Nicht ganz, denn zu diesem Zeitpunkt hatte eine große Anzahl von Richtern ihr Amt bereits verlassen. Zudem hat die EU-Kommission das Verfahren nur auf Grundlage von Diskriminierungsfragen eingeleitet – einem Bereich, in dem die Union eine Kompetenz hat. Zum eigentlichen Problem, der Beschneidung der Unabhängigkeit der ungarischen Justiz, konnte sie sich hingegen nicht äußern. Denn formal gelten europäische Grundrechte nur bei der Anwendung europäischer Gesetze.

Dieses Beispiel zeigt, wie schwierig der Schutz von Grundrechten und Werten ist, wenn ein Mitgliedstaat außerhalb des EU-Rechts agiert. Theoretisch gibt es zwar auch unabhängig von konkreten Gesetzen ein Vertragsinstrument, das die EU-Kommission im Fall eines anhaltenden und schweren Bruchs europäischer Werte nutzen könnte: Artikel 7. Dieser Artikel ist jedoch noch nie zur Anwendung gekommen, da er hohe politische und rechtliche Hürden vorsieht. Wir brauchen daher in der EU eine unabhängige Überprüfung

aller Mitgliedstaaten, aktuell geraten immer nur einzelne Länder in den Fokus der Kritik.

Mit sozialdemokratischer Unterstützung hat das EU-Parlament im Oktober 2016 einen Initiativbericht zur „Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Grundrechte“ in der EU angenommen. Wir fordern darin eine jährliche Überprüfung aller Mitgliedstaaten auf der Basis objektiver und fairer Kriterien. Die Ergebnisse sollen in einen Jahresbericht einfließen, der somit als ein Frühwarnsystem funktionieren könnte – lange bevor es zu Situationen kommt, in denen dann auch über Sanktionen gesprochen werden muss. Dabei muss natürlich klar sein, dass nicht jeder einzelne Grundrechtsbruch automatisch die Grundlagen der Rechtsstaatlichkeit in einem Land bedroht. Ganz im Gegenteil: In einem System mit funktionierenden checks and balances kann sich die nationale Justiz um viele Grundrechtsverletzungen kümmern. Wenn allerdings ein systemischer rechtsstaatlicher Mangel in einem Mitgliedstaat vorliegt, brauchen wir einen europäischen Werte-Schutz-Mechanismus.

Auf lange Sicht müssen diese Fragen auch bei künftigen Vertragsänderungen eine Rolle spielen. Eine Möglichkeit wäre etwa, Artikel 7 zu reformieren. Des Weiteren könnten nationale Gerichte die Möglichkeit bekommen, den Europäischen Gerichtshof anzurufen, wenn befürchtet wird, dass Maßnahmen von Mitgliedstaaten gegen unsere gemeinsamen Werte verstoßen. Wichtige Überlegungen, die jedoch zum jetzigen Zeitpunkt noch weit entfernte Zukunftsmusik sind. Ein unabhängiger EU-Jahresbericht zum Stand der Rechtsstaatlichkeit in allen EU-Staaten bietet stattdessen schon jetzt die Chance, die Grundrechte aller Bürgerinnen und Bürger überall in der EU zu schützen. Die S&D-Fraktion wird sich weiter dafür stark machen.

6 Monate nach dem Brexit-Votum

Austritt als Neustart?

Das Votum der Briten für den Brexit, und damit den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU, war für viele überraschend. Wie populistisch die Auseinandersetzungen über Austritt oder Verbleib geführt wurden, zeigte sich an einem einzigen Umstand: NIEMAND – auch nicht die Befürworter des Brexit – hatte einen Plan, wie der Austritt konkret umgesetzt werden soll. Die Uneinigkeit in Großbritannien darüber, wie es nun weitergehen soll, bestimmte dann auch die Debatten in der EU.

An dieser Situation hat sich bis heute – sechs Monate nach dem britischen Votum – nicht allzu viel geändert, auch wenn die neue britische Premierministerin Theresa May Anfang Oktober nach einer langen Hängepartie endlich ankündigte, bis Ende März 2017 das formelle Verfahren für den Austritt einzuleiten. Zwar hatte Premierminister Cameron seinerzeit zugesagt – und niemand hatte ihm widersprochen – das Ergebnis des Referendums werde gelten. Doch sorgte zuletzt die Entscheidung des britischen High Court für neuen Wirbel, May dürfe das Austrittsverfahren aus der EU nicht ohne Zustimmung des britischen Parlaments in Gang setzen. Da ein Austritt auch Einfluss auf nationale britische Gesetze habe, sei der Brexit keine rein außenpolitische Entscheidung mehr. Das alleinige Er-

gebnis des Referendums im Juni reiche daher nicht als Legitimation aus. Mit seinem Urteil brachte der High Court auch frischen Wind in die Segel der Brexit-Gegner, die nach dem rechtlich nicht bindenden Referendum argumentiert hatten, die britische Regierung dürfe derartig einschneidende Entscheidungen über die Zukunft des Landes nicht im Alleingang treffen. Zwar will die Regierung nun vor dem Obersten Gerichtshof in Berufung gehen; es wird aber erwartet, dass die bisherige Entscheidung des High Court bestätigt wird.

Als Sozialdemokraten befürworten wir, dass eine solch historische Entscheidung vom Parlament als gewählte Vertretung des britischen Volkes mitgetragen wird. Es darf aber nicht sein, dass die Brexit-Verhandlungen weiter auf die lange Bank geschoben werden. Denn in der derzeitigen unklaren Situation könnten viele notwendige Entscheidungen – in der Außenpolitik, in den Bereichen Asyl und Migration, im Klimawandel, Finanzmarktpolitik und Sozialpolitik – ins Stocken geraten. Und dies in Zeiten, in denen entschlossenes Vorgehen und nachhaltige gemeinsame Entscheidungen dringend benötigt werden. In Brüssel stellen wir uns daher schon jetzt auf harte Verhandlungen ein, die die EU-Kommission mit den Briten führen wird und deren Ergebnis wir als EU-Parlament bestätigen müssen. Für meine sozialde-



mokratische Fraktion ist klar, dass es keine Abstriche geben darf bei den grundlegenden Werten der EU und den gemeinsamen Grundfreiheiten für Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital. Diese kann es nur als Paket geben oder eben gar nicht.

Der bisher angepeilte Zeitpunkt für das Auslösen von Artikel 50 und damit den Beginn der Austrittsverhandlungen wäre auch von hoher symbolischer Bedeutung: Schließlich feiern wir im März 2017 den 60. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge. So sehr wir den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU bedauern: Wir müssen ihn auch als Chance begreifen – für einen Neustart der 27, für unsere gemeinsamen Werte und neue Impulse für Freiheit und Demokratie, für Wohlstand und Sicherheit.

Und wer weiß: Womöglich kommen die Briten eines Tages zurück in die Europäische Union, als Vollmitglied und ohne die bisherigen Sonderregeln.



Auch nach der parlamentarischen Sommerpause konnte ich wieder interessierte Bürgerinnen und Bürger an meinen Arbeitsorten in Brüssel und Straßburg begrüßen und mit Ihnen über aktuelle Entwicklungen in der Europäischen Union und Positionen meiner S&D-Fraktion diskutieren.

Schülerinnen und Schüler des Aldegrevier-Gymnasiums aus Soest kamen zu einem Gespräch mit mir im September im Rahmen

Besucher im Parlament

eines Bildungsseminars nach Straßburg. In einer engagierten Diskussion mit viel „Europakennntnis“ haben sie bewiesen, dass ihr Gymnasium den Titel „Europaschule“ mehr als verdient hat. Im November empfing ich im Brüsseler Parlament eine Gruppe mit Schülerinnen und Schülern der INI-Gesamtschule aus Bad Sassendorf und der Freien Waldorfschule aus Soest.

Ende November besuchte mich die Gruppe „Bürger Europas“ im Straßburger Parlament (Foto). Mit dabei waren Vertreterinnen und Vertreter der „Starthilfe Siegen“, der Parteigliederungen aus dem Kreis Siegen-Wittgenstein und interessierte Bürgerinnen und Bürger aus Bielefeld und Herford.

Auch im kommenden Jahr biete ich Besucherfahrten zu den Parlamenten in Brüssel und Straßburg an. Auskunft über die Rahmenbedingungen und verfügbare Freiplätze bekommen alle Interessentinnen und Interessenten in meinem Europabüro in Soest.

Termine im Europäischen Parlament, vor Ort und darüber hinaus

Gesprächspartner, Themen und Orte, zu denen ich seit der letzten Ausgabe meines Infomagazins geladen wurde, waren vielfältig. Die Frauenbrücke Ost-West e. V. hatte mich als Referentin für ihr Herbstforum „Europa am Wendepunkt?! – Erwartungen an eine soziale Europapolitik nach dem Brexit“ nach Kreisau in Polen eingeladen. Wenig später informierte ich mich gemeinsam mit anderen Mitgliedern meiner S&D-Fraktion in Warschau über die Rechte der Frauen in Polen und nahm auch an einer Kundgebung für die Möglichkeit einer straffreien Abtreibung teil. In Budapest nahm ich an der Paneldiskussion der Friedrich-Ebert-Stiftung teil, die sich mit der Frage „In welche Richtung entwickelt sich Europa?“ beschäftigte – mit dem Brexit und dem ungarischen Referendum über eine EU-Flüchtlingsquote als Hintergrund. Der Austausch über die Grundrechte in Ungarn konnte dann auf Einladung der FES in Düsseldorf zusammen mit dem Generalkonsul fortgesetzt werden. In Brüssel nahm ich im Oktober an der Regierungsvizepräsidenten-Konferenz teil.

In Brüssel bzw. Straßburg traf ich mich mit Vertretern der slowakischen Ratspräsidentschaft und vertrat dort die sozialdemokratische Position zu Fragen der Visa-Politik. Darüber hinaus gab es Treffen mit Organisationen der Flüchtlingsarbeit z. B. aus Griechenland sowie mit Besucherinnen und Besuchern meines österreichischen Kollegen Eugen Freund.

Das Interesse der jungen Generation am Weltgeschehen und dem Einfluss der Europäischen Gesetzgebung auf die „Alltäglichkeiten“ des Lebens spiegelte sich in vielen gemeinsamen Gesprächen wieder. So luden mich die Jusos aus dem Märkischen Kreis im September zu ihrem Bildungsseminar ein, wo wir über den Rechtsruck in Europa und EU-feindliche Tendenzen sowie über meine Arbeit als Abgeordnete sprachen. Das Gespräch mit den Schülerinnen und Schülern der Freien Waldorfschule in Soest (Foto) zu aktuellen Entwicklungen auf EU-Ebene führte zu einer weiteren Begegnung in Brüssel.

Unmittelbar „vor Ort“ fanden viele Begegnungen mit Partei, Vertretern von Kommunalpolitik, Gewerkschaften, gemeinnützigen und ehrenamtlichen Gliederungen statt. So z. B. ein Gespräch zum „Brexit“ beim Ortsverein Lindlar, die Mitgliederversammlung der Ortsvereine Netphen und Wilnsdorf, die öffentliche Veranstaltung der SPD in Attendorn und Wickede oder der Littfelder Dialog in Netphen-Littfeld. Ebenso waren Gespräche mit der AG 60plus Hagen zu aktuellen Entwicklungen auf EU-Ebene oder mit dem Bürgermeister von Erndtebrück zu der Städtepartner-

schaft mit der französischen Stadt Bergues sehr spannend. Gerade für uns Sozialdemokraten sind Städtepartnerschaften sowie andere Austausch- und Begegnungsprogramme ein unverzichtbarer Baustein für gute Nachbarschaften in Europa.

Auch einige wichtige Jubiläen standen auf meinem Programm: im Juli das 25-jährige Bestehen der Verbraucherzentrale in Arnshagen, im September in Hagen der „125-Jährige“ der IG Metall sowie die mit dem Jubiläum verbundene Jubilarfeier der IG Metall Arnshagen im November. Im Oktober konnte ich im Rahmen einer Festrede beim „Ehrenamts-Dankesfest“ der AWO Hagen – Märkischer Kreis allen ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meine Wertschätzung ihrer Arbeit zum Ausdruck bringen.

Für 2017 stehe ich schon für viele spannende Gespräche „in den Startlöchern“ und berichte darüber in der nächsten Ausgabe meines Infomagazins.



Impressum

Verantwortlich: Birgit Sippel MdEP · Ulricherstraße 26 · 59494 Soest
Telefon: 02921 364738 · europa@birgit-sippel.de · www.birgit-sippel.de
www.facebook.com/BirgitSippel · www.twitter.com/BirgitSippelMEP

Redaktion: Birgit Sippel MdEP / S&D-Fraktion im EP

Satz: ensemble»design, Soest/München

Fotos: Birgit Sippel MdEP / S&D-Fraktion im EP · Volker Esch-Alsen · www.fotolia.de (Denys Rudyi, donfiore)

